

An das BMWA
z.H. Mag.iur. Hans Binder

Kopie ergeht an:

Präsidium des Nationalrates
und
Wirtschaftskammer Österreich

Kopie ergeht an:

Präsidium des Nationalrates
und
Wirtschaftskammer Österreich

Wien, 21. Mai 2007

Ihr Ansprechpartner: Dr. Stefan Mann
Grundsatzabteilung; stefan.mann@wirtschaftsverband.at, Tel (+43-1) 522 47 66-23

Betrifft: Änderung des Arbeitszeitgesetz und des Arbeitsruhegesetz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir danken für die Möglichkeit zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz geändert werden soll, Stellung nehmen zu können.

Für die überwiegende Anzahl der kleinen Unternehmen, die ArbeitnehmerInnen beschäftigen, ist die politische Junktimierung von Arbeitszeit und Öffnungszeiten, wie sie in der aktuellen politischen Diskussion zu beobachten ist, äußerst problematisch.

Für diese KMU besteht die Gefahr, dass Zugeständnisse, die fast ausschließlich großen Handelsketten und Konzernen im Bereich Öffnungszeiten und Arbeitszeitflexibilisierung dienen, gegen Zugeständnisse für ArbeitnehmerInnen, wie der Zuschlag für Teilzeitkräfte bei Mehrarbeit, abgetauscht werden. Dieser an sich nahe liegende Kompromiss ist für den Bereich der großen Handelsketten und Konzerne durchaus angemessen und fair.

Kleine Unternehmen, die auch ArbeitnehmerInnen beschäftigen, haben dadurch aber doppelte Nachteile zu erwarten. Zum einen wird durch die größeren Möglichkeiten die Marktposition der großen Handels-

Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband Österreich
Bundesgeschäftsstelle

1070 Wien, Mariahilfer Straße 32/1/11
Tel (+43-1) 522 4766-16, Fax (+43-1) 522 31 95
office@wirtschaftsverband.at
www.wirtschaftsverband.at

ketten, Shopping-Center und Konzerne gegenüber den Kleinen noch mehr gestärkt; zum anderen haben sie für ihre ArbeitnehmerInnen die Zuschläge aus dem Arbeitszeitrecht genauso wie die Großen zu berücksichtigen. Eine weitere Umsatzverteilung zu Lasten der KMU und Familienbetriebe würden viele "Kleine" nicht mehr überleben. Folge wäre auch eine weitere Verschärfung der Probleme in der Nahversorgung, aber auch bei der Versorgung der Bevölkerung mit kleinen, lokalen Gewerbebetrieben.

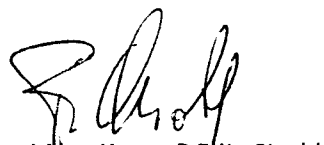
Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Österreich fordert daher erneut konkrete gesetzliche Regelungen, die Kleinst- und Kleinbetriebe unterstützen, damit kann auch ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität und Sicherheit in der unmittelbaren Wohngegend geleistet werden.

Wir ersuchen um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen



KommR Günther Wandler
Geschäftsführer des SWV-Österreich



Abg. KommR Fritz Strobl
Fraktionsvorsitzender des
SWV-Österreich im WP